

Bis zum Briefwechsel im März 1925.

Der erste Bundestag, September 1924, hatte dem Bundesvorstand für seine Tätigkeit nach Leipzig 1922 einstimmig das Vertrauen ausgesprochen; die Entschliebung gegen die kommunistischen Gewerkschaftszerstörer wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Das anwesende Viertelduzend kommunistischer Abgeordneter war ohne Direktion und konnte in entscheidenden Augenblicken unserer Beweisführung nicht widersprechen. (Wir verweisen auf die Niederschrift über die Verhandlungen des ersten Bundestages, Seite 306 ff.) Darin konnte man eine Ausgerissenen-Dämmerung sehen. Es schien, als erkennen die Kommunisten selbst, daß ihr ganzes Treiben nur die Zahl der Unorganisierten ständig vergrößerte. Von Moskau war im Juni 1924 der Befehl zur Liquidierung der selbständigen Verbände ausgegeben. Es hieß nun zur Abwechslung: „Hinein in die Gewerkschaften!“, nachdem vorher durch die „ultralinke Theorie“ und mit dem Auftakt der Weimarer Konferenz die Sperrung der Gewerkschaftsbeiträge propagiert und eigene (kommunistische) Gewerkschaften gegründet wurden. Die Erkenntnis: „Ohne Gewerkschaft keine richtige kommunistische Partei“ gewann die Oberhand, und so beschloß der Zentralausschuß der KPD. im Oktober 1924, daß bis zum 1. Dezember alle Funktionäre und bis zum 1. Februar 1925 alle Parteiangehörigen Mitglieder der Gewerkschaften sein müssen. Die KPD. und der „Ausgeschlossenerverband“ in unserm Falle, die neben der Wirtschaftskrise den größten Teil der Schuld an dem Vertrauensverlust und an dem Mitgliederrückgang der Gewerkschaften haben, wurden gewahr, daß die Festwahrung wieder einen Aufbau und die Aufgabenerfüllung der Gewerkschaften ermöglichte. Nun sollte wieder gewonnen werden, was in jahrelanger Zerstörungsarbeit vernichtet wurde. Aber auch jetzt sollte die Zellenbauerei wieder Trumpf sein, die Zerstörungsarbeit verstärkt aufgenommen werden. Eine außerordentlich lebhaftige Tätigkeit entwickelten die KPD. und ihre Fraktionen gegen Jahreseschluß 1924, als die Generalversammlungen und